

Die Fremden

Ausgrenzung der Fremden steht am Anfang von sozialer Diskrimination und Rassismus. Der Begriff « Barbare » verweist auf die tiefe kulturelle Verwurzelung dieser Praxis. Im alten Griechenland bezeichnete das Wort « Barbare » anfänglich nur alle jene Menschen, die nicht Griechisch sprachen, doch bald einmal wurde es im pejorativen Sinne verwendet. Es bezeichnete alle fremden, als kulturell rückständig abgewerteten Völker.

Dieses Denkmuster verbreitete sich auch in der Schweiz. Der bekannte Basler Historiker Jacob Burckhardt (1818–1897), gepriesen für seine Verteidigung des Humanismus, sprach unverblümt vom « Königsrecht der Kultur zur Eroberung und Knechtung » der Barbaren, « die sich den allgemeinen sittlichen Normen des Kulturstaates fügen » müssten. Bei solchen Anschauungen kommt man auch leicht dazu, das eigene Volk masslos zu überhöhen. So schrieb etwa 1897 der « maître à penser » der Freisinnigen, der Staatsrechtler und Publizist Carl Hilty: « Die schweizerische Eidgenossenschaft ist nach unserer Auffassung ein von Gott gewolltes und mit einem ganz besonderen Berufe ausgestattetes staatliches Gebilde, ein gesondertes Volk Gottes. » Ein Jahrhundert später hat Christoph Blocher eine ähnliche Wahnvorstellung gehabt, als er sagte: « Es ist nicht wichtig, ob ich an den lieben Gott glaube. Wichtig ist nur, ob der liebe Gott an mich glaubt. »

Ausgrenzen, kräftig gefördert vom überall laut vorgetragenen Nationalismus, gehört seit Jahrzehnten zur politischen Praxis der Schweiz. Die Bundesverfassung von 1848 anerkannte nur Bürger christlicher Konfessionen und schloss so insbesondere die jüdischen Mitbürger aus. Später kamen auch die Zigeuner, selbst die einheimischen, in eine ähnliche Lage. 1912 sprach ein Adjunkt im Justiz- und Polizeidepartement von der nicht mehr tolerierbaren « Zigeunerplage » – darunter waren auch Schweizerbürger – und hielt in einem Schreiben an den Departementsvorsteher fest: « Die Zigeuner gefährden tatsächlich die innere Sicherheit des Landes. [...] Die Zigeuner sind somit refraktär gegen jede bürgerliche Ordnung und gegen die Autorität des Staates, zu der sie sich bewusst in fortwährenden Gegensatz stellen. »



Solidarité sans frontières

**BULLETIN
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES**

NR. 4, DEZEMBER 2008

WWW.SOSF.CH



Die Bilder dieser Ausgabe stammen vom Fotografen Alexandr Glyadyelov und zeigen Flüchtlingslager in der Ukraine.

Wie der Soziologe Georg Simmel (1858–1918) aufgezeigt hat, eignen sich Ausgrenzungen und Hetze gegen das Fremde als sehr wirkungsvolles Mittel um die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren. Xenophobie hat denn auch in der schweizerischen Politik seit Ende des 19. Jahrhunderts einen festen Platz. Anstatt mit Solidarität die Gesellschaft aufzubauen, wird nicht selten mit Verketzung der Fremden die eigene Nation überhöht. So hört man denn auch heute wieder allenthalben: Ich bin stolz, ein Schweizer zu sein... ❁

Von Prof. Hans-Ulrich Jost.
Kurzfassung seines Referats
am 14. November 2008

an der Impulstagung zur Minarettverbots-
und Ausschaffungsinitiative
(organisiert von amnesty international und
den Demokratischen JuristInnen).

Schengen- Seiten 2 – 3
grenze

**Transkarpatien
im Vorzimmer Europas**

die woche Seiten 4
der migrantInnen

Rückblick und Ausblick

Dossier Seiten 5 – 8

**Medien
und MigrantInnen**

Empowerment Rückseite

**Medienkurse
für MigrantInnen**

TRANSKARPATIEN – UKRAINE

Im Vorzimmer des Schengenraums

Die Erweiterung des Schengenraums auf ihre direkten Nachbarn Polen, Slowakei und Ungarn hat für die Ukraine schmerzhaft Konsequenzen. Dieses grosse Land und insbesondere die im äussersten Westen gelegene Provinz Transkarpatien stehen doppelt unter Druck: Einerseits seitens der EU, welche die Einreise von MigrantInnen kontrollieren und verhindern möchte. Andererseits durch die Ankunft von immer mehr MigrantInnen, die via die Ukraine versuchen, nach Westeuropa zu gelangen.

Die slowakischen Grenzwachter behaupten, ihre neuen Kameras würden die «Illegalen» daran hindern, in ihr Land einzudringen. Ihre ukrainischen Kollegen verkünden, die meisten Personen würden beim Versuch, illegal die Grenze zu überqueren, festgenommen. Wenn das Mikrophon abgeschaltet ist, klingt es anders: Im allgemeinen reicht es, mit der richtigen Person handelseinig zu werden, um hinüber zu kommen. Unveröffentlichte Schätzungen der Sicherheitskräfte sprechen von mehr als 100 Millionen Dollar Jahresumsatz im ukrainischen Schleppergeschäft. «Der illegale Grenzübertritt kostet lokal 1500 bis 2000 Dollar. Über die transkarpatischen Grenzdörfer gelangen nicht weniger als 1000 Personen pro Monat in den Westen. Dieses Geschäft muss von höchster Stelle gedeckt sein, denn die Illegalen müssen auf ihrem Weg die ganze Ukraine durchqueren, mindestens 1500 km. Wer kann schon so flächendeckend arbeiten?»

Offizielle Statistiken gibt es nur über diejenigen, die es nicht geschafft haben. Die Anzahl der Festgenommenen beträgt allein in Transkarpatien jährlich etwa 5000 Personen. Dazu werden auch Personen gerechnet, die von den Nachbarländern abgeschoben werden. Die «Illegalen» werden je nach Herkunft unterschiedlich behandelt. Leute aus den GUS-Staaten werden sofort ausgewiesen. Die anderen werden im berüchtigten Lager Pavshino unter Aufsicht der Grenzwachter und deren Hunde interniert. Hier soll ihre Identität festgestellt werden, was meist lange Zeit in An-



spruch nimmt. Viele arme Länder haben in der Ukraine keine Gesandtschaft und die Anfragen werden nach Moskau geschickt. Grundsätzlich darf aber niemand länger als sechs Monate in Pavshino festgehalten werden. Zwar soll nun Pavshino schrittweise geschlossen und durch ein «moderneres» Internierungslager in Wolhynien ersetzt werden. Aber auch dies wird keine grundsätzlichen Änderungen bringen.

Viele MigrantInnen stellen so schnell wie möglich Antrag auf Asyl. Dies ist mit Kosten verbunden: Die Migrationsbehörde fordert hohe Honorare für von

ihr bestellte Dolmetscher, ansonsten gibt es keinen Antrag oder lange Wartezeiten. Wenn ein Asylverfahren eröffnet wird, bekommen die MigrantInnen einen provisorischen Aufenthaltstitel für die ganze Ukraine. Sie haben allerdings weder das Recht auf Arbeit noch auf Sozialhilfe. 99 Prozent der Anträge werden abgelehnt. Ein Einspruch gegen die erstmalige Ablehnung ist zwar hoffnungslos, verlängert aber das Aufenthaltsrecht. Die meisten MigrantInnen versuchen während dieser Periode erneut die Grenze Richtung Westen zu überqueren.

«Meine Behörde empfängt 70 Prozent aller in der Ukraine gestellten Asylanträge. Von 500 Bewerbern erhalten nur vier bis fünf Personen einen positiven Bescheid», erklärt Mikola Tovt, Leiter der regionalen Migrationsbehörde in Transkarpatien. «Eine Mehrheit der Bevölkerung sieht in einem dunkelhäutigen Migranten automatisch einen Kriminellen. In der Provinzhauptstadt Uzhgorod kam es in letzter Zeit vermehrt zu rassistisch begründeten Angriffen auf Asylbewerber.»

Aber nicht nur die Asylbewerber sitzen auf dem kürzeren Ast. Vor mehr als drei Jahren hat die Ukraine einseitig die Visapflicht für Reisende aus Westeuropa abgeschafft. «Zum Dank» ist es seither für UkrainerInnen deutlich schwieriger geworden, Schengenvisa zu erhalten. Mit der Erweiterung des Schengenraums

auf die Slowakei, Polen und Ungarn Ende 2007 hat sich die Situation weiter verschärft. Die EU fordert von der Ukraine eine enge Zusammenarbeit in Migrationsfragen und zwang sie 2007 praktisch, ein Rücknahmeabkommen zu unterzeichnen, das 2010 in Kraft treten soll. Darin verpflichtet sich die Ukraine, jede Person, die über ihr Territorium «illegal» ins Schengenland gelangt ist, wieder aufzunehmen.

Dieser Handel – Visaerleichterungen gegen Rücknahme – wird zwangsläufig zu einer weiteren krassen Verschlechterung der Menschenrechtslage in der Ukraine führen. Weder die ukrainische Politik noch die Bevölkerung ist auf eine menschengerechte Aufnahme zahlreicher MigrantInnen auf der Flucht vor Krieg und Misere vorbereitet. Selbst wenn bis 2010 Schritte in Richtung einer

entsprechenden Gesetzgebung unternommen würden, müssen wir davon ausgehen, dass internationale Konventionen in der Ukraine kaum mehr als Makulatur darstellen. ❀

Nataliya Kabatsiy, Uzhgorod

EUROPA VON LINKS UNTEN (12)

Initiative Migrationen Transkarpatien

Die ethnisch bunt gemischte Bevölkerung des Südostrands der Karpaten ist seit Jahrhunderten darauf eingestellt, ihren Lebensunterhalt durch Saisonarbeit zu verdienen, egal, ob sie gerade zur Donaumonarchie, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion oder jetzt zur Ukraine gehören. Arbeitsmigration betrifft mehr als die Hälfte der Haushalte, vor allem auf dem Land.

Die Ankunft von zahlreichen MigrantInnen aus dem Kaukasus, dem Nahen Osten, Asien und Afrika ist hingegen ein neues Phänomen. Verständlich wird sie durch die geographische Lage Transkarpatiens mit gemeinsamen Grenzen mit vier EU-Mitgliedstaaten: Polen, Slowakei und Ungarn (seit Ende 2007 Schengenländer), sowie Rumänien. Über das kleinste Oblast der Ukraine führt nunmehr ganz offenbar der meist genutzte Landweg für MigrantInnen auf dem Weg nach Westeuropa.

Wer interessiert sich in Transkarpatien für Migrationsfragen?

Ausser der regionalen Migrationsbehörde und den Sicherheitsorganen (Grenzwächter, Geheimdienst, Polizei...) gibt es zwei grosse NGOs, die den MigrantInnen minimale materielle und

rechtliche Unterstützung gewähren. Sie haben allerdings kein Interesse daran, die Migrationsfrage als gesamtgesellschaftliches Problem anzusehen, und zahlreiche Berichte von direkt Betroffenen sparen nicht mit Kritik an ihrer Arbeit. Das UNHCR hält sich deutlich zurück, da es sich bei den meisten MigrantInnen nicht um Flüchtlinge handelt. In der Bevölkerung herrscht eine unterschwellig fremdenfeindliche Grundhaltung. Die Medien veröffentlichen fast ausschliesslich die Pressemitteilungen der Sicherheitskräfte. Erste rassistische Übergriffe junger, unorganisierter Jugendlicher führen dazu, dass sich die dunkelhäutigen Ausländer nur mehr in Gruppen in der Öffentlichkeit zeigen, was seinerseits das Misstrauen der einfachen Bevölkerung verstärkt.

Unsere «Initiative Migrationen Transkarpatien» versteht sich als langfristige Aktion mit drei Schwerpunkten: «Border Monitoring», Verteidigung der Rechte von MigrantInnen und Öffentlichkeitsarbeit in unserer Region. Der Bayrische Flüchtlingsrat unterstützt uns mit einem kleinen Startkredit.

Kontakt: camzua@gmail.com

Provokative Vorschläge zur Migrationspolitik

Welche Migrationspolitik wollen wir?

Die WochenZeitung WOZ gestaltete in Zusammenarbeit mit Solidarité sans frontières einen Sonderbund für «die woche der migrantInnen». Neben einem aktualisierten Veranstaltungskalender enthält er weiterhin lesenswerte Artikel.

Sosf-Sekretär Balthasar Glättli präsentierte in der WOZ in einem Artikel einen auf den ersten Blick provokativen Vorschlag zu einer pragmatischen Weiterentwicklung der Migrationspolitik. Dabei ging er davon aus, dass sich neue Mehrheiten in diesem Politikfeld nur finden lassen, wenn sich – wie bei den Bilateralen – eine Allianz zwischen fortschrittlichen Kräften und Wirtschaftsverbänden schmieden lässt. Kurz zusammengefasst baute der Vorschlag auf vier Eckpunkten auf:

- Die Personenfreizügigkeit zwecks Aufnahme der Erwerbstätigkeit wird auf alle Länder ausgeweitet. Wer über eine Arbeitsstelle verfügt, darf in die Schweiz einwandern. Die Bedürfnisse der Wirtschaft regeln so die Zuwanderung.
- Der Zugang zur Arbeitslosenversicherung und zur AHV erfolgt gestaffelt: während der ersten vier Jahre zahlen die MigrantInnen und die ArbeitgeberInnen ihre Beiträge auf ein persönliches Sperrkonto ein. Einzig bei Invalidität sind sie von Beginn weg versichert. Dies soll einerseits eine «Aushöhlung der Sozialwerke» verhindern. Andererseits können MigrantInnen nicht als «Wegwerf-Arbeitskräfte» eingesetzt werden.
- In einer Übergangsbestimmung müssen die bereits seit Jahren legal oder illegal in der Schweiz anwesenden Personen gegenüber neu Einwandernden bevorzugt werden.
- Finanzielle Anreize sollen die Rück- oder Weiterwanderung fördern, wenn MigrantInnen in der Schweiz keine bezahlte Arbeit mehr finden. Sollte der Aufenthalt aus eigenem Willen oder wegen eines fehlenden Arbeitsvertrages vor Ablauf der Vier-Jahres-Frist beendet werden, wird der Betrag auf dem Sperrkonto als Starthilfe bei erfolgter Rück- oder Weiterreise ausbezahlt.

Der Vorschlag soll ausdrücklich auch innerhalb von Solidarité sans frontières zur Debatte anregen. Wir haben die bisherigen Reaktionen, unter anderem eine ausführliche Entgegnung im Namen der Coordination Asile Vaud von der Sosf-Ko-Präsidentin Graziella de Coulon, auf unserer Website dokumentiert. Gerne veröffentlichen wir auch Ihre Antwort!

Unter dem Titel «Perspektiven öffnen – Chancen nutzen» hat auch die Unia kürzlich lesenswerte Thesen und Forderungen für einen Kurswechsel in der Migrations- und Integrationspolitik publiziert.

Restexemplare der Migrations-WOZ können weiterhin bestellt werden bei der WOZ, Telefon 044 448 14 14.

Die Debatte und die Unia-Broschüre sind online dokumentiert unter www.sosf.ch/migrationspolitik



die woche der migrantInnen

RÜCKBLICK AUF
«DIE WOCHEN DER MIGRANTINNEN»

Erfolg mit mehr als 120 Veranstaltungen

Mit über 120 Veranstaltungen war die von Solidarité sans frontières initiierte gesamtschweizerische «woche der migrantInnen» ein Erfolg. Einen politischen Schwerpunkt setzte die trotz strömendem Regen von gegen 3000 Leuten besuchte Demo «Bleiberecht für alle!», die vom Bleiberechtskollektiv Bern organisiert worden war.

An einer Auswertungssitzung im Oktober bedauerte niemand sein Engagement für «die woche der migrantInnen»: es gab viele positive Erfahrungen, spannende und motivierende Veranstaltungen und anregende Begegnungen. Aber natürlich gibt es auch ein Verbesserungspotential. Selbstkritisch musste beispielsweise eingestanden werden, dass wesentliche Ziele wie die bessere Vernetzung in den unterschiedlichen Orten und Regionen sehr unterschiedlich erreicht wurden, und dass die lokale Medienarbeit nicht überall gleich gut klappte.

«MigrantInnen müssen die nächsten Schritte mitbestimmen!»

Im nächsten Jahr soll nun nicht einfach wieder eine gleiche oder ähnliche «Woche der MigrantInnen» geplant werden. Sosf lädt stattdessen ein zu einer offenen Vorbereitungssitzung für die nächste Landsgemeinde der MigrantInnen 2009. Diese eintägige Landsgemeinde soll viel Zeit für eine breit abgestützte Diskussion über die nächsten Schritte der Kampagne «ohne uns geht nichts.» bieten. Wir hoffen auf die Anwesenheit von VertreterInnen möglichst all jener rund hundert Organisationen, die 2003 das Manifest «ohne uns geht nichts.» unterzeichnet haben – und selbstverständlich sind darüber hinaus alle interessierten Organisationen auch eingeladen.

MigrantInnen sollen so direkt mitbestimmen können, wie es weitergeht. Dabei muss die Kampagne «ohne uns geht nichts.» dazu beitragen, dass die im Migrationsbereich Engagierten den Fokus etwas stärker auf die Politik und etwas weniger auf die Einzelfallarbeit legen. Denn nur so können wir gemeinsam wirklich eine starke Bewegung formieren, welche den kontinuierlichen Verschärfungen im Asyl- und Ausländerrecht eigene Visionen entgegenstellt. ❀

Balthasar Glättli

Wie Zerrbilder entstehen

Dass Medien in der Tendenz negativ über AusländerInnen berichten, ist hinlänglich bekannt und wissenschaftlich belegt. Die Gründe dafür sind vielfältig, vor allem aber in der konkreten Arbeit der Medienschaffenden zu finden.

Es braucht wenig, und die Reflexe spielen wieder. Kaum hatte der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück gedroht, die Schweiz wegen ihrer Steuerpraxis auf eine Schwarze Liste der OECD setzen zu wollen, da geisterte auch schon wieder das Bild der unbeliebten Deutschen durch den Blätterwald. Der Minister erweise seinen bei uns geduldeten Landsleuten einen Bärendienst mit seiner Attacke, wurden deutsche Staatsangehörige mit Steinbrück in Sippenhaftung genommen. Der Zufall wollte es, dass ein paar Tage vor dessen Äusserungen das Bundesamt für Migration seine jährliche Ausländerstatistik veröffentlichte. Daraus konnte, wer wollte, auch Folgendes lesen: «So viele Deutsche wie nie.» (Der Bund 15. Oktober 2008)

Damit war das Terrain geebnet für eine weitere Welle an Medienbeiträgen über das Verhältnis von SchweizerInnen zu ihren deutschen MitbürgerInnen. Ein Thema, das in den letzten zwei Jahren bereits unzählige Seiten und Sendeminuten zu füllen vermochte. Am Tenor hat sich die ganze Zeit wenig geändert: Die Anwesenheit von so vielen Deutschen ist vor allem anderen zuerst einmal ein Problem. Oder direkt und unverblümt in den Worten des Boulevards: «Es gibt zu viele Deutsche bei uns.» (Sonntagsblick 11. Februar 2007) Heute sind es Deutsche, gestern waren es Kosovo-Albaner, früher Jugoslawen und Tamilen. Kurz: AusländerInnen. Egal woher sie kommen, egal welche Hautfarbe sie haben. Der Abwehrreflex spielt, sobald über Menschen berichtet wird, die von ausserhalb der Schweiz kommen oder keinen roten Pass besitzen. Selbst biedere, fleissige, erfolgreiche Deutsche, die eigentlich alle «schweizerischen» Tugenden mitbringen, vermögen eine negative Berichterstattung auszulösen.

Welche Mechanismen tragen im Alltag von Redaktionen und Medienschaffenden dazu bei, dass Nicht-SchweizerInnen gemessen an ihrem realen



**Solidarité
sans
frontières**



Bevölkerungsanteil entweder unterrepräsentiert sind oder negativ dargestellt werden? Ein Erklärungsversuch entlang von fünf Thesen:

These 1:

Das politische Klima beeinflusst das redaktionelle Klima

Im Mainstream schwimmt es sich angenehmer. Und wenn der politische Mainstream nach rechts dreht, dann machen die Medien diese Bewegung mit. Das ist einem aussenstehenden Beobachter aufgefallen: «In der Schweiz hat sich das Klima verändert, weil die SVP den Ton angibt und die anderen politischen Parteien sich mehr oder weniger anpassen oder wegduckten, was auch für die Medien gilt», stellte etwa Heiner Geissler, CDU-Urgestein, in der NZZ am Sonntag vom 18. November 2007 fest. Keine andere Partei hat in den letzten Jahren soviel Aufmerksamkeit von den Medien erhalten, wie die SVP. Zum einen hat das mit ihren politischen Forderungen zu tun, die sich wegen ihrer Radikalität als Sensation verkaufen lassen. Zum anderen verfügt die SVP als einzige der

**DOSSIER 4 – 2008
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES**

DEZEMBER 2008

MigrantInnen und Medien

grossen Parteien über einen Kommunikationsapparat, der es verstanden hat, Botschaften gezielt in die Redaktionen zu drücken. Die Stildebatte im Zusammenhang mit provokativen Motiven auf Abstimmungs- und Wahlplakaten nützte letztlich der Partei, die so die Agenda und die Schlagzeilen bestimmen konnte.



**Dossier aus dem
Bulletin 4 – 2008**

**Solidarité sans frontières
Neuengasse 8
3011 Bern
www.sosf.ch**

**sekretariat@sosf.ch
Fon 031 311 07 70
Fax 031 311 07 75**

PC 30-13574-6



These II: Medien orientieren sich vermehrt am Massengeschmack

Literaturprofessor Peter von Matt hat es auf den Punkt gebracht: «...in der Schweiz bilden die Hohlköpfe immer noch die deutliche Minderheit. Man hat aber gelegentlich den Eindruck, sie seien das umworbene Zielpublikum der Medien.» (Tages-Anzeiger 07.02.2007) Oder mit anderen Worten: Eine Boulevardisierung greift verstärkt um sich in der Medienlandschaft. Wobei es nicht darum geht, mehr nackte Haut, Kriminalmeldungen und Promigeschichten zu veröffentlichen. Was die Boulevardisierung im Kern ausmacht, ist die Fokussierung auf den Massengeschmack, nach dem Motto: «Das Publikum kriegt von uns das, was es will.» Redaktionen lassen sich nicht mehr von einer politisch-publizistische Haltung leiten, sondern vermehrt von Einschaltquoten und Zugriffszahlen (Radio, TV, Internet). Lassen sich solche Zahlen nicht oder nur schlecht erheben (abonnierte Presse), behilft man sich mit einem imaginierten Massengeschmack, der im Zweifelsfall die niederen Instinkte bedient. Bei der politischen Berichterstattung liegt der Mehrheitsgeschmack irgendwo zwischen der Mitte und rechts.

These III: Redaktionen sind «ausländerfreie Zonen»

In der Schweiz arbeiten wenige «JournalistInnen mit Migrationshintergrund». Die vereinzelt prominenten Köpfe, wie etwa Esther Mamarbachi als Aushängeschild der westschweizer Tageschau, können nicht über den geringen AusländerInnenanteil in den Redaktionen hinwegtäuschen. Eine verstärkte Präsenz von Medienschaffenden aus jenen Bevölkerungsgruppen, die in der Öffentlichkeit besonders negativ wahrgenommen werden, etwa Kosovo-AlbanerInnen oder MigrantInnen aus Afrika, hätte einen positiven Effekt: Im Arbeitsalltag der Redaktionen würden AusländerInnen weniger als Objekte behandelt, über die berichtet wird, sondern als KollegInnen, die ihre spezifische Sichtweise als Nicht-SchweizerInnen in den Redaktionsalltag einbringen. Die Integrationsleistung der Medien mittels Personalpolitik ist ausgesprochen schwach. Vorbild könnte die von

MigrantInnen machen Medien

Vielsprachig, informativ, unterhaltsam

Wer sie nicht zur Kenntnis nimmt, ignoriert einen grossen Teil der schweizerischen Realität.

Rund zwanzig Prozent der EinwohnerInnen der Schweiz sind MigrantInnen. Die schweizerischen Tageszeitungen, die öffentlich-rechtlichen und die kommerziellen Fernseh- und Radiosender nehmen sie jedoch in der Regel weder als Publikum noch als Medienschaffende ernst.

Solidarité sans frontières hat sich deshalb entschlossen, das Medienschaffen der MigrantInnen in den Blick zu nehmen. Auf unseren Aufruf, uns von MigrantInnen produzierte Medien zu melden, haben wir innerhalb weniger Wochen einen ansehnlichen Rücklauf erhalten. Darunter sind Zeitungen, Zeitschriften, Internet-Seiten und Radiosendungen. Einige berichten vorwiegend über die Herkunftsländer, andere konzentrieren sich auf die

Situation der MigrantInnen in der Schweiz. Sendungen auf den nicht-kommerziellen freien Radios wie LoRa in Zürich, RaBe in Bern oder RadioX im Raum Basel kombinieren häufig Unterhaltung und Information.

Unsere Liste (siehe unten) ist längst nicht abgeschlossen. Zögern Sie also nicht und melden Sie uns Ihr Medium. Ein simples Eingabeformular finden Sie auf www.sosf.ch/medienverzeichnis

African Mirror, Agence tropiques, Albaradio, Arkadas, Asamblea, BOTA SOT, Boletim Informativo, Brasil plus, Corriere degli Italiani, Dijaspóra CH, Diyanet, Drustvene obavijesti, Eelamurasu, El Periodico de Suiza, Femigracija, Francophones de Berne, Gazeta Lusófona, Horizonte, Il Dialogo, Jornal português, Journal Amate, Kanoun, Kosovarja, L'Avvenire dei lavoratori, L'Eco, La Pagina en Castellano, La Rivista, Libra, Living in Berne, Luso Helvético, Merhaba, Movis, Mundo Hispanico, Nas Glas, PERFIL, Papaya.org, Pfarrblatt, Portal, Post Bizim Gazete - Unsere Zeitung, Radio LoRa (Armenisches Radio; Atesi Calmak und Türkisch Radio mit mehreren Sendungen; Bosnien zusammen; Canal

der Öffentlichkeit finanzierte SRG spielen, wo das Thema zumindest auf programmmischer Ebene regelmässig prominent vorkommt. Doch einen Integrationsbeauftragten, neudeutsch: «Diversity Manager», wie dies im Ausland bei vergleichbaren Unternehmen üblich ist, gibt es auch bei der SRG nicht.

These IV: Komplizenschaft mit der Polizei prägt das Bild der «Ausländerkriminalität»

Zum negativen Bild von AusländerInnen in den Medien tragen besonders jene Meldungen bei, die einen direkten Konnex zwischen MigrantInnen und kriminellen Handlungen herstellen. «Der kriminelle Ausländer», oder aktueller: «kriminelle ausländische Jugendliche» sind stehende Begriffe im Textbaukasten von RedaktorInnen. Eine saubere Trennung zwischen Verdächtigen und Verurteilten findet nicht statt. Informationen über Straftaten, Krimi-

nalstatistiken und Trendmeldungen erhalten die Redaktionen frei Haus von Polizei und Behörden geliefert. Im Redaktionsalltag geniessen diese Mitteilungen eine weit höhere Glaubwürdigkeit als andere, beispielsweise kommerzielle Pressecommuniqués. Im Umgang mit den Kommunikationsstellen der Polizei gehen Reporter oft eine heikle Komplizenschaft ein. Sie erhalten Angaben, die sie nicht überprüfen können. Diese als einzige Quelle zu verwenden, verstösst gegen eines der journalistischen Grundprinzipien: «audiatur et altera pars» – man höre auch die andere Seite an. Diesem Gebot kann man nicht Folge leisten, wenn die «andere Seite» in Haft sitzt oder flüchtig ist. So veröffentlichen die Medien die einseitige Sichtweise der Polizei, ohne Hinweis auf deren Parteilichkeit.



abierto, La semana en Suiza, In Situ, Info Latina, La Flor de la Palabra u.a. – spanisch, Denge Serhildane Kurdistan; Eelam Natham und Tamil Radio; Espaço Português; Hrvatski Kulturni Radio – Kroatisch; Payan Azadi, Radio Peyk, Radio Nedaye Moghavemat – iranisch; L'ora italiana; Radio Somalia; Ssada al Iraq; Tsegaye – amharisch; TSH – albanisch; Voice of Palestine), Radio RaBe (LAM'ë – albanisch, Jadran – kroatisch, Bulgarski Tschass – bulgarisch, Stimme der Kutusch – kurdisch/türkisch, Espaço Brasil – portugiesisch, Infosocial Chabrujá, Guateque 451 und El Gato Calculista – spanisch, Piazza Italia/Onda Libera – italienisch; Hellas Radio – griechisch u.a.m), Radio X (Tamil Radio X; Hêvi – Kurdisch, The English Show; Djoliba – afrikanische Sendung in Französisch/Englisch; Italia X; El Papagayo – Spanisch; Beleza – portugiesisch; X-Tovka – Bosniasch, Kroatisch, Serbisch; Xtanbul; Fata Morgana – transkulturelle Sendung) Real, Regards Africains, Rinas-cita, Saglik, Swiss African Forum, Swis-sinfo, Terra Migrante, Thai-Swiss Association, VIA BRASIL, africa link, african news switzerland, albsuisse, insieme, islam.ch, snc

Die Bilder dieser Ausgabe stammen vom Fotografen Alexandr Glyadyelov und zeigen Flüchtlingslager in der Ukraine.



**These V:
Erfolgsgeschichten sind
die Ausnahmen,
die die Regel bestätigen**

Wie oft durften wir sie schon lesen, die wunderbare Geschichte von Nationalmannschaftskicker Valon Behrami, der als Flüchtlingsjunge aus dem Kosovo in die Schweiz kam und mit seiner Familie aus der Schweiz abgeschoben werden sollte, dann aber doch bleiben durfte. Der Ausländer, der es geschafft hat, gehört ebenso ins Standardrepertoire der Medien, wie die Meldungen über die «kriminellen Ausländer». Positivgeschichten lassen sich besser verkaufen, wenn der Humus auf dem sie gedeihen, steinig und mit schlechten Nachrichten gepflastert ist. Die gute Einzelnachricht, welche die schlechte Regel bestätigt, stellt deshalb keinen Ausweg aus einer strukturell verzerrten Berichterstattung dar. ❀

Nick Lüthi ist Chefredaktor von «Klartext – Das Schweizer Medienmagazin» (www.klartext.ch)

ARKADAS UND HAYAT TV

**Ein türkischer
«Freund»
in der Schweiz**

Emine Sariaslan betreut die Frauenseite von «Arkadas» – zu Deutsch: «Freund», einer monatlichen Zeitung mit Artikeln in Türkisch und Deutsch. «Unsere Zeitung wird gratis verteilt. Man kann sie aber auch für vierzig Franken im Jahr abonnieren und erhält sie dann direkt nach Hause. Das geht natürlich nur, weil wir alle freiwillig arbeiten. Ansonsten finanzieren wir uns durch Anzeigen.» Der mediale Freund informiert hauptsächlich über die Schweiz. Nur wenige Beiträge berichten über die Türkei. Emine Sariaslan ist auch noch an einem zweiten Medienprojekt beteiligt. Hayat TV kann über Satellit sowohl in der Türkei als auch in Deutschland und der Schweiz empfangen werden. «Wir beteiligen uns hier mit Berichten über die Schweiz – zum Beispiel über die Bleiberechtsdemo oder die Konferenz der Unia.» ❀

HORIZONTE

Unia orientiert vielsprachig

Horizonte ist die Zeitung für die fremdsprachigen Mitglieder von Unia. Horizonte erscheint in fünf Sprachen – spanisch, portugiesisch, türkisch und serbisch/albanisch – neun Mal jährlich. Die Zeitung berichtet über gewerkschaftliche Aktivitäten und beinhaltet nützliche Informationen über die Heimat der Migrantinnen und Migranten. Zudem informiert Horizonte über die Migrationspolitik in der Schweiz. ❁



LAM'Ë UND LAM'E SPEZIAL, ALBANISCHES RADIO IN BERN

«Unser Motto: Information ist Integration»

«Wir senden jeden Mittwoch ab 19.00 Uhr auf RaBe», sagt Hilmi Gashi, einer der Redakteure. «In der einen Woche nur eine, in der anderen zwei Stunden. Die einstündigen Sendungen sind in der Regel auf Albanisch. Alle zwei Wochen gibt es LAM'e Spezial. Da geht es jeweils um Schwerpunktthemen in Deutsch und Albanisch, sei es nun die AHV-Initiative, die Bleiberechtskampagne oder die Frage von Zwangsheiraten. Auch in den einstündigen Sendungen gibt es nicht nur Unterhaltung und albanische Musik, sondern auch Hinweise und Infos. Unsere Sendung ist auch ein Fenster nach aussen. Leute, die zum Beispiel hier im Knast sitzen, schreiben uns, um in der Sendung ihre Familie oder Mitgefangene zu grüssen. Manchmal bitten sie uns, ihre Gedichte vorzulesen.» ❁

KANOUN UND NEDAYE MOGHAVEMAT

Iranische Stimmen des Widerstands

«Wir informieren vor allem über Menschenrechtsverletzungen im Iran, aber auch über Ungerechtigkeiten und Proteste in der Schweiz – zum Beispiel über die Bleiberechtskampagne oder über die Situation der abgewiesenen Flüchtlinge, die in Zürich nur noch Migros-Gutscheine erhalten.» Mehrzad Kheilili von der Demokratischen Vereinigung der Flüchtlinge (DVF) ist auch an der Medienarbeit seiner Organisation beteiligt. «Wir machen eine monatliche Zeitung auf Farsi und eine auf Deutsch und Französisch. Und zusätzlich gibt es pro Woche eine Stunde Nedaye Moghavemat, die Stimme des Widerstandes, auf Radio LoRa.» ❁



RECHT AUF EHE

Heiraten? Nein Danke!

«Für Sans-Papiers und Leute mit prekärem Aufenthaltsstatus ist das Heiraten erheblich schwieriger geworden», sagt Bea Schwager von der Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich (SPAZ). «Die Zivilstands- und Migrationsämter tun so, als sei die von SVP-Chef Toni Brunner geforderte Verschärfung bereits in Kraft.» Brunner hatte Ende 2005 eine parlamentarische Initiative für eine Änderung des Zivilgesetzbuchs eingereicht, nach der Verlobte im Ehevorbereitungsverfahren ein gültiges Visum oder eine Aufenthaltsbewilligung vorweisen müssten. Der Bundesrat hat diesem Vorstoss zugestimmt, die staatspolitische Kommission des Nationalrats hat ihn verschärft: Sie will die Zivilstandsämter verpflichten, heiratswillige Personen ohne Aufenthaltsbewilligung den Fremdenpolizeien zu melden.

Faktisch tut dies bereits ein Teil der Zivilstandsämter, bestätigt Bea Schwager. Das Winterthurer Amt habe einen abgewiesenen Asylsuchenden aus Jemen und dessen schweizerische Verlobte unter fadenscheinigen Begründungen zur Einwohnerkontrolle geschickt, die umgehend die Polizei alarmierte. Dem Mann sei es zwar gelungen, seinen Pass wieder an sich zu nehmen und zu fliehen. Allerdings habe die Polizei die Frau derart unter Druck gesetzt, dass sie sie zu ihrem Verlobten geführt hat, der umgehend ausgeschafft wurde. Die beiden haben dann in Jemen geheiratet. Das Migrationsamt wertet dies jedoch als Scheinehe und verweigert dem Mann die Einreise. Gegen den Entscheid des Migrationsamtes ist seit anderthalb Jahren ein Rekurs beim Regierungsrat hängig.

Die Zivilstandsämter einiger Zürcher Gemeinden schicken die Betroffenen mit einem Formular, auf dem sie den «ungeordneten Aufenthalt» ankreuzen sollen, zum Migrationsamt, wo ihnen Festnahme und Ausschaffung drohen. Man beruft sich dabei auf eine angebliche Anweisung des Kantons. Anlässlich eines «Runden Tisches der Sans-Papiers Plattform» betonte der für Ehevorbereitungsverfahren zuständige Teamleiter des Kantonalen Gemeindeamtes jedoch, dass er auf dieser Weisung nicht mehr bestehe. Bea Schwager kennt viele ähnliche Fälle und Missstände; auch aus anderen Kantonen.



AUSLÄNDERDIENST DES BAP

Spitzelei in Zahlen

Der Dienst für Analyse und Prävention, derzeit noch eine Hauptabteilung des Bundesamtes für Polizei (BAP), ist die eidgenössische Zentrale des Staatsschutzes. Ihm angeschlossen ist ein Ausländerdienst (ALD), der dem Bundesamt für Migration zuarbeitet. Im Jahre 2007 überprüfte dieser Dienst im Auftrag des BFM 1100 Asylgesuche, 800 waren es im Jahr 2006. In 24 Fällen (2006: 49) nahm er «umfangreichere Abklärungen» vor. In neun Fällen (2006: 13) beantragte er die Ablehnung des Asylgesuchs. Weiter überprüft wurden 34 000 Einbürgerungsgesuche (2006: 40 000) und 2300 Visumsgesuche (2006: 1900).

Die Angaben zu diesem Arbeitsbereich des Inlandsgeheimdienstes sind enthalten im erstmals in diesem Jahr veröffentlichten «Rechenschaftsbericht» des Bundesamtes für Polizei. Von 1995 bis 2000 fanden sie sich in den jährlichen Staatsschutzberichten. Danach war über Jahre hinaus Funkstille. Auch auf gezielte Nachfragen gab das Bundesamt für Polizei keine Antwort. Ob die neue Offenheit anhält, wenn der Dienst für Analyse und Prävention im kommenden Jahr dem Verteidigungsdepartement angeschlossen wird, ist allerdings höchst fraglich.

www.snurl.com/sosf080401

NACH 34 MONATEN

AUSLIEFERUNGSHAFT

Mehmet Esiyok endlich frei

Am 22. Oktober 2008 ist der kurdische Politiker Mehmet Esiyok aus der Auslieferungshaft entlassen worden, nachdem das Bundesverwaltungsgericht seine Flüchtlingseigenschaft festgestellt und damit seine Auslieferung an den Folterstaat Türkei abgewendet hatte. Nach insgesamt 34 Monaten hat er erstmals von der Schweiz etwas anderes gesehen als den Flughafen Kloten, wo er im Dezember 2005 ankam, um sein Asylgesuch zu stellen, diverse Gefängnisse und schliesslich die Haftabteilung des Berner Inselspitals, wohin er im Frühjahr 2007 während seines Hungerstreiks verlegt worden war.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, der ehemaligen Asylrekurskommission, ist auch eine Ohrfeige an das Bundesamt für Justiz, das Eidgenössische Aussendepartement und das Bundesgericht, die die Auslieferung Esiyoks auf der Grundlage von diplomatischen Zusicherungen der Türkei zulassen wollten. An dieser Stelle ist Esiyoks Anwälten Marcel Bosonnet und Peter Nideröst sowie Rolf Zopfi von augenauf zu danken, höchst fraglich.



KURZ UND KLEIN



der den Flüchtling in der schwierigen Zeit der Haft betreut und besucht hat.

Das Urteil:

www.snurl.com/sosf080402

Vorgeschichte:

<http://www.augenauf.ch/esiyok>

NEUE ASYLGESETZVERSCHÄRFUNGEN

In Blochers Fussstapfen

Bereits im April 2008 hatte Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf weitere Verschärfungen im Asyl- und Ausländerrecht angekündigt. Am 5. Oktober 2008 berichtete die NZZ am Sonntag über einen Entwurf, den das EJPD offenbar in Ämterkonsultation geschickt hat. Das Motto ist das ewig gleiche, das die Asylrechtsverschärfungen seit den 80er Jahren kennzeichnet: die « Attraktivität der Schweiz als Zielland von Asylsuchenden senken ». Unter anderem sieht der Entwurf Folgendes vor:

Kein Asyl für Militärdienstverweigerer und Desserteure: Diese Verschärfung hatte das EJPD schon unter Christoph Blocher angekündigt. Es reagierte damit auf ein Urteil der Asylrekurskommission, die 2006 die drastische Bestrafung von Militärverweigerern in Eritrea als Asylgrund anerkannt hatte.

Abschaffung der Möglichkeit, im Ausland ein Asylgesuch zu stellen: Gerade einmal 2 652 Gesuche wurden im Jahre 2007 auf Schweizer Botschaften einge-

reicht. In 213 Fällen wurde die Einreise bewilligt. Aus « Effizienzgründen » rentiere sich das nicht mehr.

Bussen für Asylsuchende, die in der Schweiz öffentlich ihren Herkunftsstaat kritisieren und damit Nachfluchtgründe schaffen; anders ausgedrückt: Wer wegen fehlender Meinungsfreiheit seine Heimat verliess, soll auch in der Schweiz das Maul halten.

Die Unzumutbarkeit der Rückkehr aus persönlichen (z.B. gesundheitlichen) Gründen muss nicht mehr nur glaubhaft gemacht, sondern bewiesen werden.

Einschränkung der freien Wohnsitzwahl für vorläufig Aufgenommene: Wer Sozialhilfe bezieht, dem soll der jeweilige Kanton den Wohnsitz zuweisen dürfen.

Sosf plant eine Postkartenaktion, sobald klar ist, welche Vorlage konkret ins Parlament kommt.

www.sosf.ch/aktionen

MEHR FLÜCHTLINGE –
ZU WENIG UNTERKÜNFTE

Hausgemachte Krise

Das Bundesamt für Migration gibt sich « überrascht ». Im dritten Quartal 2008 ist die Zahl der neu eingegangenen Asylgesuche um 40 Prozent gestiegen, mit insgesamt 14 500 sei für das gesamte Jahr zu rechnen. Das ist fast die Hälfte mehr als die Höchstzahl von 10 000, mit der der abgewählte Bundesrat Christoph Blocher 2006 während des Abstimmungskampfes um die Asylgesetzrevisi-

on hausieren ging.

Im Zuge der Revision hatte der Bund den Kantonen die Beiträge für Reserveunterkünfte gestrichen. Bei einem unerwarteten Anstieg der Zahl der Asylsuchenden sollte er nun selbst mit eigenen neuen Unterkünften einspringen. Schon im Sommer zeichneten sich die Engpässe bei der Unterbringung ab. Die Schaffung von Notunterkünften des Bundes in Armeeanlagen zögert sich hinaus. So braucht der Bund etwa für die Umnutzung von Armeegebüden in Mensingen (ZG) eine kantonale Bewilligung. Anfang November vereinbarten Bundesrätin Eveline Widmer Schlumpf und



IMPRESSUM

Bulletin

**Solidarité sans frontières
erscheint viermal jährlich**

**Auflage dieser Ausgabe:
3300 deutsch / 700 französisch
Beglaubigte Auflage WEMF:
3559 deutsch / 728 französisch**

**Gestaltung und Satz:
Simone Kaspar, simoqua.ch
Druck: Oranis Offset, Chur
Versand: Toleranz95, Chur
Redaktion: Heiner Busch,
Balthasar Glättli
Übersetzungen: Olivier von Allmen,
Sylvie Colbois
Lektorat: Sosf
Fotos: Alexandr Glyadyelov**

**Redaktionsschluss für die nächste
Ausgabe: 15. Januar 2009
Wir behalten uns vor,
LeserInnenbriefe zu kürzen**

**Mitgliederbeitrag 2008 inkl. Abo:
70.– Verdienende / Fr. 100.– Paare
/ Fr. 30.– Nichtverdienende /
120.– Organisationen
Abo: Einzelpersonen 30.– /
Organisationen 50.–**

**Herausgeberin:
Solidarité sans frontières,
Neuengasse 8, 3011 Bern
(Zusammenschluss AKS/BODS)
Fon 031 311 07 70
Fax 031 311 07 75
sekretariat@sosf.ch
www.sosf.ch
PC-Konto 30-13574-6**

ANZEIGE

Oranis Offset druckt mit Oekofarben!

Hohenbühlweg 4 • 7002 Chur

Fon: 081 252 45 92 • E-Mail: oranis@spin.ch



Mit Oekoschwarz sehen sie noch schwärzer als Christoph Mörgeli!

KURZ UND KLEIN



die kantonalen Sozial- und PolizeidirektorInnen zwar, dass die Kantone zusätzliche 25 Millionen Franken für die Bereitstellung neuer Unterkünfte erhalten. Allerdings werden sie die aufgelösten alten Zentren und das entlassene Personal nicht im Handumdrehen ersetzen können.

Die Folgen der verfehlten Planung, die das Ergebnis einer absurden repressiven Asylpolitik ist, haben einmal mehr die Flüchtlinge zu tragen. Sie werden unter noch schlechteren Bedingungen leben müssen als bisher. Einige Kantone wie etwa Bern verfrachten die Asylsuchenden in Zivilschutzanlagen. Graubünden bringt Neuankömmlinge nun in Valzeina unter und steckt die bisher dort untergebrachten abgewiesenen Asylsuchenden neuerdings in Container auf dem Gelände einer Mülldeponie in Landquart. ❀

KIOSK

FLUCHTHILFE

Definitiv illegal

In diesem wohlthuenden und gut geschriebenen Buch geht es um unerträgliche Staatsgrenzen und um nicht hinnehmbare Grenzen der Legalität. Während die «Stimmenfänger» nur noch von Schleppern und Menschenhändlern reden, portraitiert Ina Boesch fünf FluchthelferInnen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs, aus dem Kalten Krieg und schliesslich aus dem Europa und der Schweiz von heute. Bei der Grenzüberschreitung haben diese fünf Personen eine Strafe oder gar ihr Leben riskiert. Als HeldInnen wollen sie sich jedoch nicht verstanden wissen. «Solidarität ist keine Sentimentalität von Gutmenschen», so wird Anni Lanz hier zitiert.

Boesch, Ina: Grenzfälle. Von Flucht und Hilfe. Fünf Geschichten aus Europa, Zürich (Limmat-Verlag) 2008, 280 S., Fr. 38.50

RASSISMUS GEGEN SCHWARZE

Im Auge der Polizei – im Auge der Medien

Der Tagungsband bringt Beiträge verschiedenster Art zusammen, so dass die Perlen leider ein wenig versteckt sind:

grundsätzliche theoretische Beiträge wie der von Mutombo Kanyana, Länderberichte wie der von André Loembe über die Schweiz, der insbesondere auf die willkürlichen polizeilichen Kontrollen aufmerksam macht, oder der Beitrag von Juliette Smeralda über das Bild der Schwarzen in den europäischen Medien.

Carrefour de reflexion et d'action contre le racisme anti-noir (CRAN):

Racisme anti-noir. Actes de la première conférence européenne sur le racisme anti-noir, Genève, 17-18 Mars 2006, Berne 2008, 300 S., Fr. 35.– (erhältlich bei CRAN, cp. 251, 3000 Bern 7, cran02@bluewin.ch)

ALBANERINNEN IN DER SCHWEIZ

Gegen die «Kulturalisierung»

Die beiden AutorInnen schreiben gegen das «Opium des Kulturalisierens» an, das die Debatte um den Umgang mit (armen) ImmigrantInnen in der Schweiz prägt. Sie zeigen die Geschichte der kosovo-albanischen Immigration von der durch das Saisonierstatut produzierten «Unsichtbarkeit» über den Familiennachzug, der seit dem Drei-Kreise-Modell zum ungewollten einzigen Weg der Immigration wurde, bis zu der durch Verfolgung und Krieg bewirkten Einwanderung von Asylsuchenden. Sie zeigen aber auch die Umschichtung in den Familienstrukturen, die Schwierigkeiten der «Secondos» und die «weiblichen Aufbrüche». Die Lebensgeschichten, welche die einzelnen Kapitel begleiten, machen das Buch anschaulich.

von Aarburg, Hans-Peter/Gretler, Barbara Sarah: Kosova – Schweiz. Die albanische Arbeits- und Asilmigration zwischen Kosovo und der Schweiz 1964 – 2000. Freiburger Sozialanthropologische Studien. Zürich/Berlin (LIT-Verlag) 2008, 595 S., Fr. 45.90

KIRCHE UND FLÜCHTLINGE

20 Jahre AGORA

Zum Zwanzig-Jahre-Jubiläum präsentiert sich die «Aumônerie Genevoise Oecumenique auprès des Requéants d'Asile» mit zwei schön aufgemachten Büchern: einer politischen Chronik des schwierigen Engagements ihrer geistlichen und ihrer freiwilligen MitarbeiterInnen für die Asylsuchenden und einem Band von Zeichnungen.

Bavarel, Michel/ Zurn, Jean-Pierre: Chronique d'un accueil controversée

à Genève, 106 S., Fr. 15.–

De Vargas, Anne/De Paoli, Pilar:

Dessins d'exil, 150 S., Fr. 20.–

beide Bernex Juni 2008, zusammen 30.– (erhältlich bei AGORA, cp. 315, 1233 Bernex, agora@agoralacroisette.ch)

EIN ATLAS DER MIGRATION

Arbeit, Migration, Globalisierung

Gründe fürs Auswandern, legale und illegale Wege der Migration, Migrationspolitik in den Aufnahmeländern, Alltag im «gelobten Land», Auswirkungen auf die Herkunftsländer, kulturelle «Konterbande»: In sechs Kapiteln breitet dieses Heft ein Panorama von Migrationsthemen aus. Auch wenn die HerausgeberInnen das gar nicht vorhatten – mit den 25 Artikeln, zwölf persönlichen Erzählungen und insbesondere den Illustrationen haben sie auch einen Fundus für Bildungsarbeit zum Thema vorgelegt.

Edition Le Monde Diplomatique: Immer der Arbeit nach. Migration im Zeitalter der Globalisierung, 2008, 112 S. (A4), Fr. 18.– (im Handel oder im WOZ-Shop <http://www.woz.ch/wozshop/>)

EURO 08 UND GRUNDRECHTE

Sicherheitskonzept mit Nachwirkungen

Ein Grossaufgebot von Polizei, Militär und privaten Sicherheitsdiensten; Privatisierung von öffentlichen Räumen; Sondergefängnisse; massiver Datenaustausch und Videoüberwachung... Die Euro 08 war in vielerlei Hinsicht ein «Testspiel» für Grundrechtseinschränkungen. grundrechte.ch, eine Partnerorganisation von Solidarité sans frontières, hat das «Fussballfest» beobachtet und diese Nachbereitungszeitung in Zusammenarbeit mit «antidot», dem «Medienprojekt der widerständigen Linien» herausgegeben.

grundrechte.ch: Euro 08 versus Grundrechte – Testspiel mit Folgen, 24 S. (Tabloid), Bern Oktober 2008, kostenlos, Spende erwünscht (erhältlich – auch zum Verteilen – bei grundrechte.ch, Postf. 6948, 3001 Bern, Tel. 031 312 40 30, grundrechte@bluewin.ch) ❀

Filmen als politisches Instrument

Sosf-Praktikant Fabian dreht im Nahen Osten mit Flüchtlingen Kurzfilme. Von seiner Erfahrung sollen nun auch MigrantInnen in der Schweiz profitieren.

«Es braucht einiges um mich noch zu erschüttern», sagt Fabian, Praktikant bei Solidarité sans frontières. Der 27-jährige Mann hat in den letzten sechs Jahren viel Zeit in Palästina und in palästinensischen Flüchtlingslagern im Nahen Osten verbracht. Im Frühsommer 2002 war er als «ziviler Menschenrechtsbeobachter» ein erstes Mal vor Ort, stellte sich als «menschliches Schutzschild» zwischen Panzer und DemonstrantInnen oder begleitete SanitäterInnen zu ihren Einsätzen.

«Die Sichtweise der Betroffenen ist enorm wichtig.»

Seither verbringt Fabian zwischen drei und vier Monate pro Jahr in der Region und hat dabei auch fließend Arabisch gelernt. «Mit der Zeit beginnst du deine eigene Rolle zu überdenken, lernst die Perspektiven der Leute kennen und übernimmst diese zum Teil auch.» Ihm als Anarchist sei das sehr wichtig gewesen, um nicht auf der neokolonialen, oft humanitaristischen Ebene à la «Europäer eilt armen Palästinensern zu Hilfe» zu verharren.

Vielmehr gehe es darum, gegenseitig voneinander zu lernen. Und hier setzen auch seine Projekte an: Fabian organisiert mit seinem Filmkollektiv seit 2004 Videoworkshops in Flüchtlingslagern, wobei jeweils in einer Gruppe Kurzfilme erstellt werden. «Dabei geht es nicht in erster Linie um den jeweiligen Film an sich, sondern darum, lokale Strukturen zu unterstützen und jungen Menschen politischen Videoaktivismus näher zu bringen.» In einem Lager in Libanon sei dies beispielsweise soweit gediehen, dass

«ein sehr guter Kollege» nun selber Videoworkshops anbiete. «Wir arbeiten jetzt auf derselben Augenhöhe zusammen. Genau das ist das Ziel.»

In der Schweiz arbeitet Fabian, der Politologie und Soziologie studiert hat, im Stundenlohn auf dem Bau. Nur so sei er flexibel genug, um überhaupt reisen zu können. Vor seiner nächsten Reise will Fabian nun aber auch in der Schweiz Filmworkshops durchführen; und zwar in Zusammenarbeit mit MigrantInnen und im Rahmen seines sechsmonatigen Praktikums bei Sosf. «Die Erfahrung aus dem Nahen Osten ist da natürlich äusserst wertvoll», so der Innerschweizer. Er sei es sich gewohnt, mit Menschen in prekären Situationen zusammenzuarbeiten und wisse, dass man mit «reinem schweizerischen Funktionsdenken» nicht sehr weit komme und dass es immer auch eine gehörige Portion Geduld und Ausdauer brauche.

Fabian ist aufgefallen, dass hierzulande sehr viele Filme über Aktivitäten im migrationspolitischen Bereich von SchweizerInnen realisiert worden sind. «Wenn du langfristig arbeiten willst, so musst du aber die Betroffenen selber daran arbeiten lassen. Denn sie wissen wirklich Bescheid und ihre Sichtweise ist enorm wichtig.» Das Medium Film sei dabei nur eine von verschiedenen Möglichkeiten, Gegenöffentlichkeit herzustellen. «Zentral ist denn auch, dass die Leute lernen, wie sie eine strukturierte politische Analyse betreiben und diese dann in der hiesigen Gesellschaft vermitteln können.» Neben den eher technischen Filmworkshops wird Fabian denn auch Workshops zu Medienarbeit im Allgemeinen organisieren, die Sosf im nächsten Jahr anbieten will (siehe Text rechts). ❁

Dinu Gautier

WORKSHOPS

Medien- und Kampagnenarbeit

SOSF plant anfangs 2009 eine Workshop-Reihe zu Medien- u. Kampagnenarbeit. Das Angebot richtet sich an interessierte MigrantInnen und MigrantInnengruppen. Im Fokus steht das Kennenlernen und Üben von Instrumenten autonomer, kreativer Medienarbeit einerseits und der Umgang mit der hiesigen Öffentlichkeit und Medienlandschaft andererseits.

Da das Projekt noch in der Planung steckt und auf die Bedürfnisse der Interessierten Rücksicht nehmen soll, nehmen wir gerne auch Anregungen auf. Die aktuellen Infos finden sich unter www.sosf.ch/medienworkshops

Wer an den Workshops interessiert ist und/oder Fragen, Ideen oder Anregungen dazu hat, melde sich bitte bei sekretariat@sosf.ch

VORBEREITUNGS-SITZUNG

Landsgemeinde der MigrantInnen

**Freitag, 16. Januar 2009, 19:15h
Im Haus der Begegnung,
Mittelstrasse 61, 3012 Bern**

ABSTIMMUNG AM 8. FEBRUAR 2009

JA zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit

Solidarité sans frontières engagiert sich für die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit. Unterstützen Sie unsere Kampagne mit Ihrem Namen, einem finanziellen Beitrag oder einem persönlichen Statement.

www.sosf.ch/bilaterale